

Kommunale Integrationspolitik in der sozialen Universitätsstadt Marburg

Seit Mai 2002 findet in Marburg eine systematische Integrationsarbeit statt. Zunächst wurden im Rahmen des Programms Soziale Stadt lebensweltbezogene „Handlungsvorschläge für gelingende Integration“ entwickelt und umgesetzt.

Nach einem Konflikt um die Errichtung einer Moschee mit einem islamischen Kulturzentrum machte Oberbürgermeister Egon Vaupel die Integrationsbemühungen zur „Chefsache“. Seit Frühjahr 2007 arbeitete ein „Runder Tisch Integration“ eine Integrationsvereinbarung aus, die im November 2008 von der Stadtverordnetenversammlung verabschiedet wurde.

Seitdem werden sowohl vom Herrn Oberbürgermeister und seinem Büro als auch vom direkt dem Oberbürgermeister unterstellten Integrationsbeauftragten systematisch die Marburger Integrationspolitik weiter entwickelt.

Erläuterungen zur Kommunalen Integrationspolitik der Universitätsstadt Marburg

Marburg ist eine hessische Universitätsstadt mit fast 80.000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Menschen aus 136 Nationen leben, studieren und arbeiten hier und lassen mit Besuchern aus aller Welt ein weltoffenes Bild der Stadt entstehen. Marburg hat eine lange Zuwanderungs- und Integrationsgeschichte, schon die Heilige Elisabeth kam aus Ungarn.

Der Stadtteil Richtsberg, in dem circa die Hälfte aller nach Marburg zugewanderten Menschen leben, hatte für die Entwicklung der städtischen Integrationspolitik eine hervorragende Bedeutung. Der Stadtteil ist das größte soziale Problemgebiet der Stadt. Der Stadtteil hat eine Integrationsfunktion für die gesamte Stadt, bei zugewanderten Menschen oft die Erstintegration. Im Rahmen der integrierten Stadtteilentwicklung wurden 2002 Handlungsvorschläge für gelingende Integration erarbeitet, vom Magistrat der Stadt Marburg beschlossen und kooperativ umgesetzt.

Die formulierten Ziele und Handlungsvorschläge für gelingende Integration bildeten die Basis für die Verständigung. Dabei wurden Verstehensprozesse des sich ständig verändernden Alltags von Integration organisiert und die Ergebnisse in Handlungen umgesetzt.

Ziele:

- Die im Stadtteil Richtsberg lebenden Menschen sollen sich dort wohlfühlen. Sie sollen sich gemäß ihren Wünschen, Fähigkeiten und Möglichkeiten am sozialen und kulturellen Leben im Stadtteil und in der Stadt Marburg beteiligen.
- Die Einrichtungen und Institutionen sind offen für die Menschen, die Unterstützung nachfragen. Neben den eigenen Angeboten werden formelle und informelle Unterstützungsnetzwerke bürgerschaftlichen Engagements gefördert und die Menschen zur Mit- und Eigenhilfe aufgefordert. Eine wichtige Rolle dabei spielen die Kennenlern- und Kommunikationsangebote im Stadtteil.
- Die Stadt fördert auch eigene Vereins- und Initiativengründungen von Zuwanderern („russischer“ Verein; arabischer Verein).

Integration ist ein empfindliches Gleichgewicht zwischen geben und empfangen. Integrationswille wird gestärkt durch das Erleben, mit den mitgebrachten Fähigkeiten etwas beizutragen. Optimal gelingt Integration, wenn die Zugewanderten ein flexibles Netz von Möglichkeiten vorfinden, das sich ihren Bedürfnissen anpassen kann, wenn sie Möglichkeiten vorfinden, ihren eigenen Teil beizutragen und die Aufnahmegesellschaft Gelegenheit hat, die Bereicherung durch die Zuwanderer zu erleben.

Um dies zu erreichen wurden zahlreiche Projekte wie z.B. „Kultur und Kulturen“ www.kultur-und-kulturen.de, die Kulturmesse und das Suppenfest „erfunden“.

Der entscheidende Fortschritt gelang uns in dem Moment, in dem wir die Menschen, insbesondere die zugewanderten Menschen, nicht mehr vorrangig als Notleidende und Bedürftige ansahen, sondern als Besitzende von sozialem und kulturellem Kapital mit Entwicklungspotentialen, an denen gemeinsam angesetzt werden kann. Wir suchten und suchen Menschen mit Ideen und Engagement als Projektträger. Wir unterstützen und helfen jedes Projekt umzusetzen, welches den Menschen hilft (und nicht gegen die Würde anderer Menschen verstößt). Hier bringen die Menschen ihr mitgebrachtes kulturelles und soziales Kapital ein. Beispiele:

- Die Unterstützung der Selbstorganisation zugewanderter Menschen
u.a. Räume, Zeit, Aufmerksamkeit, Hochachtung
- Die Unterstützung von Sprachvermittlung
Kurse für Kinder und Eltern, selbstorganisierte Sprachkurse, neue Träger, Koordination
- Die Förderung von Existenzgründungen im kulturellen Bereich
u.a. Tanzschule, Musiklehrer, Theaterschule, Gruppe Karussell und viele nebenberufliche kulturelle Tätigkeiten
- Die Gründung von Netzwerk Richtsberg e.V.
u.a. gemeinsame Verantwortung von Kommune und Gemeinwesenarbeit

Wir haben gemeinsam Erfahrungen in den Projekten gesammelt, u.a.:

- Die Bevölkerung muss ihre Kompromisse selbst aushandeln
- Notwendiges wird von der Stadt erledigt – bei Wünschenswertem hilft die Stadt, aber die BürgerInnen machen es selbst.
- Die Aktiven bilden ein gemeinsames Team, sie arbeiten konsensbildend.

Der Schwerpunkt liegt auf einer Sichtweise der Menschen als aktive Gestalter ihrer eigenen Existenz. Da sich die Menschen für sich selbst einsetzen und die Wege und Möglichkeiten erfahren haben, tun sie dies auch dann weiter, wenn Projekte beendet sind. So gibt es ein ausgewogenes Verhältnis von kommunaler Hilfe und privater Selbsthilfe.

Viel zu oft noch wird Integration als vornehmlich individuelle Aufgabe des einzelnen Zuwanderers verstanden, die aus der Kulturdifferenz entstehenden Probleme zu bewältigen. Nach dieser Definition müssten zugewanderte Menschen ungeachtet ihrer kulturellen Traditionen vollkommen in der Aufnahmegesellschaft aufgehen. Wir sehen hierin ein asymmetrisches Verständnis von Integration, welches die mitgebrachten kulturellen Eigenheiten in ihrer Bedeutsamkeit für das Selbstwertgefühl zugewanderter Menschen übergeht.

Wir definieren Integration als einen auf Gegenseitigkeit beruhenden Sozial- und Kulturprozess. Eine erfolgreiche Eingliederung verlangt soziale Arbeit von beiden Seiten, der Aufnahme- wie der Zuwanderergesellschaft. Grundvoraussetzung dafür sind gegenseitiges Interesse und Anerkennung sowie grundlegende Kenntnisse der Lebenswelt des anderen. Mangelnde private Kontakte, Freundschaften und ein fehlender Austausch mit der einheimischen deutschen Bevölkerung erschweren die Integration zugewanderter Menschen. Auch eine sprachliche Weiterentwicklung kann so nur schwer gelingen. Die Eingliederung der Zuwanderer kann nur dann gelingen, wenn die Herstellung einer Zugehörigkeit zur Aufnahmegesellschaft auf allen Ebenen stattfindet, in den Bereichen Einkommen, Wohnen, Arbeit, Sprach- und Bildungserwerb, Familie, soziale Kontakte, Gesundheit, soziale und politische Beteiligung sowie Identifikation mit der neuen Heimat. Integration meint also nicht nur Auffangen, Unterbringen und notdürftig Versorgen, sondern auch generelle Partnerschaft. Nur durch die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben sowie eine wechselseitige Achtung, Akzeptanz und Toleranz zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen können sich die Zuwanderer als vollwertige Mitglieder der deutschen Gemeinschaft fühlen. Nicht zuletzt müssen die Zuwanderer die Möglichkeit erhalten, ihre jeweiligen Kulturen, Identitäten, Beziehungen und Vereinigungen aufrechtzuerhalten und weiterzuentwickeln.

Ziel der Integrationspolitik muss es daher sein, durch Überwindung, nicht durch Hervorhebung von Differenzen, eine gemeinsame Basis zu schaffen. Um die Problematik zu lösen, bedarf es eines permanenten Hinterfragens sowie eines Abbaus kultureller Differenzen und der Herstellung eines interkulturellen Klimas wechselseitiger Anerkennung. Es geht folglich nicht um die Frage, ob, sondern wie Einheimische und Bürger anderer Herkunft ihr Zusammenleben gestalten.

Mit dem Projekt „Kultur & Kulturen“ erreichen wir, dass die Vielfalt der in Deutschland lebenden Menschen stärker wahrgenommen wird und Einheimische wie Zugewanderte interessiert, offen und vorurteilsfrei aufeinander zugehen. Denn erst durch ein gegenseitiges Kennen lernen, das Verständnis füreinander und eine wechselseitige Akzeptanz können Vorurteile, Berührungsängste und Sorgen abgebaut werden. Meist ist es die Heimatkultur, die zugewanderten Menschen hilft, die Erfahrungen und Probleme, mit denen sie sich nach ihrer Ankunft in Deutschland auseinandersetzen müssen, zu verarbeiten und zu bewältigen.

Von der Kunstgattung sagt man, sie sei eine Sprache, die auf der ganzen Welt verstanden werde, über alle Grenzen hinweg. Diese Ressourcen, die die Zuwanderer mit in ihre neue Heimat bringen, müssen stärker ins Blickfeld aller Menschen gerückt werden. In einer Zusammenarbeit auf kultureller Ebene können Projektbeteiligte verschiedener Kulturkreise eine gegenseitige Bereicherung erfahren und Zuwanderer die zusätzlichen Ressourcen erwerben, die für eine erfolgreiche Integration notwendig sind. Dieser Austausch kann als Prozess des aktiven Lehrens und Lernens bezeichnet werden, wie er übrigens bei Zuwanderung in der Vergangenheit schon oft stattgefunden hat. Mit Engagement und persönlichem Einsatz gelingt es den Menschen, ihrer Umwelt die Selbstverständlichkeit des Zusammenlebens zwischen einheimischen und zugewanderten Deutschen vorzuleben. Über alle ethnischen, sprachlichen und kulturellen Grenzen hinweg gestalten sie so ein besonderes Klima des Miteinander.

Die Projektpartner haben durch ihre bisherigen Tätigkeiten gezeigt, dass sie engagiert sind, mit ihrer Arbeit eine Brücke zwischen den Menschen verschiedener Kulturen und Sprachen zu bauen und sie für den interkulturellen Austausch zu nutzen. Sie sind zuversichtlich, dass ihre kulturellen Tätigkeiten die Grenzen in den Köpfen der Menschen öffnen, ein gegenseitiges Verständnis fördern und aktive Beiträge zur Verbesserung des zwischenmenschlichen Klimas leisten können.

Wir sind der Überzeugung, dass durch eine mutige Idee, großes Engagement, Hartnäckigkeit und Neugier tatsächlich Grenzen überschritten werden und mit Hilfe der Kultur die Gratwanderung zwischen der eigenen Kultur und der des Aufnahmelandes bewältigt werden kann. Unsere Projektpartner zeigten bereits, dass sie das erforderliche Maß an Eigeninitiative, das ihr neues Leben ihnen abverlangt, entwickelt haben. Sie suchen nach einem Weg, ihren Alltag aktiv zu gestalten und eine Brücke in die deutsche Gesellschaft zu bauen.

Der Konflikt um eine neue Moschee:

Der Wunsch der Vereine "Islamische Gemeinde Marburg/Orientbrücke" und "Hadara", in der Universitätsstadt Marburg gemeinsam ein größeres Gebetshaus mit Kulturzentrum zu errichten, hatte im Frühjahr 2007 eine öffentliche Diskussion mit sehr kontroversen Meinungen zu diesem Vorhaben ausgelöst.

Die Vereine haben ihr Vorhaben daraufhin ruhen lassen. Als Reaktion auf diese öffentliche Diskussion regte Oberbürgermeister Egon Vaupel einen "Runden Tisch" an, um zu prüfen, ob für die Universitätsstadt Marburg eine "Integrationsvereinbarung" erarbeitet werden soll.

Am 5. November 2007 kam der "Runde Tisch" mit Vertreterinnen und Vertretern der evangelischen und der katholischen Kirche, islamischer sowie anderer Vereine, des Ausländerbeirates der Universitätsstadt Marburg sowie der Stadt Marburg erstmals zusammen.

Bereits in dieser ersten Sitzung war in der Runde Konsens, dass für die Universitätsstadt Marburg keine Vereinbarung nach dem Muster der Stadt Wiesbaden in Frage kommt.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Runde sprachen sich für eine Erklärung aus, die möglichst alle Migrantinnen und Migranten, die in der Universitätsstadt leben oder leben werden, einbezieht und die ein Leitbild für die Integrationspolitik der Stadt beinhaltet.

In der Sitzung am 5. Juni 2008 einigten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf eine "Gemeinsame Erklärung" mit dem Ziel, diesen Text nun mit Vertreterinnen und Vertretern der Stadtverordnetenversammlung zu beraten. Es beteiligten sich Frauen und Männer folgender Fraktionen: SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, MBL. Die um die Politik erweiterte Runde kam auf Einladung von Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer zusammen. In der Sitzung am 29. Oktober verabschiedeten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer den nun beschlossenen Text.

CM-FI

Die Bundesinitiative cm-fi (Christlich-muslimische Friedensinitiative) haben wir in Marburg vor dem Hintergrund der streitbaren Diskussion über eine neue Moschee dankbar aufgegriffen. Diese Initiative behandelt Kernpunkte Ihrer Fragestellung, nämlich die Alltagskonflikte religiös bedingter kultureller Unterschiede. So passte sie auch gut in unsere kommunikative Integrationspolitik. Wir warben für den ersten bundesweiten Plakatwettbewerb der Initiative und drei Marburger Mädchen gewannen den ersten Preis, verbunden mit einer Einladung zur öffentlichen Preisverleihung nach Berlin ins Hauptstadtstudio des ZDF.

Die mediale Aufmerksamkeit nutzten wir zur Etablierung unserer Idee eines Integrationswettbewerbes, mit dem wir die gelebte tägliche Integration bekannt machen und zur Nachahmung anregen wollten. Dies ist uns auch gut gelungen, die Projektwettbewerbe sind etabliert.

Dabei bauen wir auf Erfahrungen der bisherigen Marburger Integrationsarbeit und auf den Erkenntnissen der Forschung auf. Die Form der Migration, die Art und Weise der Aufnahme in der Gesellschaft und das Geschlecht bedingen zum großen Teil die Integrationsmechanismen. Beispielsweise sind laut dem Kinder-Migrationsreport des deutschen Jugendinstitutes¹ „Kinder mit Migrationshintergrund keine homogene Gruppe“. Sie verfügen häufiger als Kinder ohne Migrationshintergrund über geringe kulturelle, soziale und ökonomische Ressourcen im Elternhaus und haben Bedarf an Unterstützung. Der Report weist darauf hin, dass Ihre Lebenslagen und Lebenssituationen sich teilweise erheblich nach den Regionen unterscheiden, in denen sie aufwachsen, nach ihrer, vom sozialen Status der Eltern abgeleiteten, sozialen Position in der Gesellschaft, nach Altersstufen und nach Geschlecht. Zudem sind ihre Eltern oder Großeltern aus unterschiedlichen Ländern der Welt zugewandert. Manche Kinder haben selbst den Migrationsprozess miterlebt, manche haben in Deutschland geborene (Groß-)Eltern bzw. (Groß-) Elternteile, viele sind selbst hier geboren. So stellt Deutschland einen wichtigen Kontext zur Sozialisation und Identitätsbildung dar.

Im Rahmen des Projektes Jugendamt/Soziale Stadt führte der Internationale Bund Marburg (IB) gemeinsam mit dem Magistrat der Universitätsstadt Marburg eine Studie über die „Sozialisation und Integration junger Menschen in Marburg“ im Jahr 2002/03 durch. Die Untersuchung ergab, dass die Mehrzahl der jungen Menschen ihre Migration- und Integrationserfahrungen als „normale“ Erfahrung in ihrem individuellen Sozialisationsprozess integriert hatten. Es wurden Maßnahmen alltagsbezogener Integrationsansätze entwickelt, ein bedeutendster Teil der Handlungsvorschläge der Untersuchung sind seither umgesetzt worden.

Mit einem neuen Projekt „Integrationserfahrung in Marburg“ setzen wir uns von Oktober 2013 bis April 2014 zum Ziel, diese Zusammenhänge herauszufinden. In einem offenen Diskurs sind seitdem von Einrichtungen und Diensten der Jugendarbeit und Jugendhilfe, aber auch von

¹ Vgl. Cinar, Melihan / Otremba, Katrin / Stürzer, Monika, / Bruhns, Kirsten (2013): Kinder-Migrationsreport Ein Daten- und Forschungsüberblick zu Lebenslagen und Lebenswelten von Kindern mit Migrationshintergrund, Deutsches Jugendinstitut e.V. (Hrsg.), München.

Migrantenorganisationen und Vereinen Aktivitäten entwickelt und umgesetzt worden. Uns interessiert inwieweit diese Einrichtungen offen für Menschen mit Migrationshintergrund sind, welche Erfahrungen sie gemacht haben und inwieweit sie Verbesserungen wollen. Zudem soll geprüft werden, ob die bisher vorgeschlagenen Handlungen umgesetzt wurden. Darüber hinaus sollen Schlussfolgerungen mit der Entwicklung von Handlungsvorschlägen neu erarbeitet werden. Dieser Teil des Praxisforschungsprojektes soll noch in diesem Jahr realisiert werden und hierfür wurde auch die Förderung beim Land Hessen beantragt.

In Jahr 2014 sollen junge Menschen mit Migrationshintergrund durch Interviews über ihre Lebens- und konkreten Integrationserfahrungen befragt werden. Wichtig ist es, sich einen fundierten Überblick zu verschaffen, inwieweit junge Menschen mit Migrationshintergrund das System der Stadtgesellschaft aus ihrer individuellen Sicht beurteilen und welche Angebote sowohl aus dem Bereich der Zivilgesellschaft als auch dem öffentlichen Bereich sie nutzen.

Dies ist ein Teil der nach über 10 Jahren systematischer Integrationsarbeit nunmehr notwendigen Evaluation und Neuformierung der Integrationsansätze. Wir werden selbstverständlich auch die Ergebnisse z.B. der Modellregionen Integration auswerten und im Rahmen einer Antragstellung für eine „WIR“-Koordination und den Prozess der Weiterentwicklung der Schwerpunktbereiche der interkulturellen Öffnung und des Aufbaus einer Willkommens- und Anerkennungskultur umsetzen.

Für einen Nachweis insbesondere der Nachhaltigkeit des Erfolgs von Integrationsprozessen erweisen sich biografische Untersuchungen auch aus unserer Praxissicht dringend geboten, weil sich Angebote der Gesellschaft auch in den Biografien und Erinnerungen der Menschen wiederfinden lassen sollten und Aufschluss über die Wirkung und Wirksamkeit geben. Damit werden durch die Erhebung von Bedürfnissen und Wünschen der Menschen sowie ihren praktischen Erfahrungen auch Bewertungs- und Transformationsprozesse zur Ermittlung von Bedarfen möglich und sind Diskurse fundierter führbar.

Anlage: Marburger Integrationsvereinbarung beschlossen; Ziel ist ein gemeinsames Verständnis von Integration

Presseinformation vom: 01.12.2008

Das Stadtparlament beschloss in seiner Sitzung am 28. November 2008 die nachfolgende gemeinsame Erklärung der Stadt Marburg und Vertretern der in der Universitätsstadt Marburg lebenden Migrantinnen und Migranten und Religionsgemeinschaften zur Förderung der Integration durch Zusammenarbeit.

Gemeinsame Erklärung

der Stadt Marburg und Vertretern der in der Universitätsstadt Marburg lebenden Migrantinnen und Migranten und Religionsgemeinschaften zur Förderung der Integration durch Zusammenarbeit

Vorwort

Integrationspolitik ist ein gesamtgesellschaftliches Anliegen und eine gesamtstädtische Aufgabe.

Mit der "Gemeinsamen Erklärung der Stadt Marburg und Vertretern der in der Universitätsstadt Marburg lebenden Migrantinnen und Migranten und Religionsgemeinschaften zur Förderung der Integration durch Zusammenarbeit" werden Leitlinien für diese Politik festgelegt. Integration ist keine Einbahnstraße, im Gegenteil.

Die Verbindung zwischen Migrantinnen und Migranten und der deutschen Gesellschaft muss von beiden Seiten aus erfolgen. Integration bedeutet interkulturelle Begegnung und interkulturelles Lernen. Wir alle sind gefordert, zum Frieden zwischen den Menschen in unserer Stadt beizutragen.

Ohne eine gute Beziehung zur deutschen Gesellschaft, ihren Institutionen und ihre Unterstützung bleiben Migrantinnen und Migranten isoliert. Das fördert die Gefahr, dass sich Parallelgesellschaften bilden.

Erklärung

Für diesen gesamtgesellschaftlichen Prozess der Integration sind alle Beteiligten in gegenseitigem Nehmen und Geben mitverantwortlich.

Eine nachhaltige Integrationspolitik strebt die positive Einbindung aller Gesellschaftsmitglieder - auch der zukünftigen - an.

Niemand darf ausgegrenzt werden.

Dadurch entwickelt sich im Verlauf des Integrationsprozesses eine neue Kultur, ohne dass die individuellen Identitäten aller Mitglieder der Gesellschaft verloren gehen.

Erfolgreiche Integration bedeutet Identifikation, Teilhabe und Verantwortung, sie setzt gegenseitigen Respekt und Anerkennung voraus.

Dafür sind Anstrengungen seitens der Kommune, der Gesellschaft der Einheimischen und der Migrantinnen und Migranten notwendig.

Die Zuwandernden müssen bereit sein, sich auf ein Leben in der deutschen Gesellschaft einzulassen und durch das Erlernen der deutschen Sprache ihre Zugehörigkeit zur neuen Heimat deutlich machen. Dies erfordert Eigeninitiative und Eigenverantwortung der Zugezogenen.

Die Gesellschaft heißt die Migrantinnen und Migranten ehrlich willkommen und garantiert ihnen Rechtsgleichheit.

Alle Menschen müssen gleiche Chancen in allen Lebensbereichen haben und ihren Fähigkeiten entsprechend gefördert werden.

Grundlage für die Zusammenarbeit ist die Werteordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und die der Verfassung des Landes Hessen. Insbesondere:

Unantastbarkeit der Menschenwürde

Geltung von Grund- und Menschenrechten

Gleichberechtigung der Geschlechter

Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des jeweiligen religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses

Die ungehinderte Religionsausübung.

Sie sind als vollwertige und verlässliche Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt ohne Preisgabe ihrer Identität zu akzeptieren.

Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner dieser Erklärung unterstützen vorbehaltlos die Integration von Zugewanderten, egal woher sie kommen und welcher Nationalität, ethnischen Gruppierung oder Religion sie angehören.

Juden, Christen und Muslime wissen sich durch ihre zentralen Glaubensinhalte dazu verpflichtet, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Diskriminierung und Unrecht in jeder Form entgegenzutreten und sie im Sinn des Grundgesetzes und der Nächstenliebe zu überwinden.

Die evangelische und die katholische Kirche unterstützen eine Politik, die allen Bürgerinnen und Bürgern im Land eine öffentliche praktische Ausübung ihrer Religion ermöglicht und dafür angemessene Bedingungen schafft.

Das betrifft zum Beispiel die Errichtung von religiösen und kulturellen Zentren, den professionellen Religionsunterricht an Schulen innerhalb des gesetzlichen Rahmens, die Möglichkeit nach eigenem Ritus die Toten zu bestatten, religiös qualifizierte seelsorgerliche Hilfe bei Krankheit, Pflegebedürftigkeit und in Notfällen zu beanspruchen.

Den Marburger Muslimen ist es ein Anliegen, zu erklären, dass sie als Teil dieser Gesellschaft anerkannt werden wollen und aktiv mitwirken bei allen Belangen, die die Menschen in Marburg betreffen.

Migrantinnen und Migranten haben die Freiheit, im Rahmen der Gesetzgebung ihr Leben selber zu gestalten, ihre Religion und Weltanschauung zu pflegen und sich in der Gesellschaft wirtschaftlich wie politisch zu positionieren, so wie es jeder deutschen Bürgerin und jedem deutschen Bürger zusteht. Hier benötigen Zuwandernde angemessene staatliche und gesellschaftliche Unterstützung.

Der erste Schritt für eine gelingende Integration ist das Erlernen der deutschen Sprache.

Gesellschaft und Stadt müssen die Voraussetzungen und Möglichkeiten für Spracherwerb und Chancengleichheit in allen Bereichen schaffen. Im Weiteren ist die berufliche Aus- und Weiterbildung zu fördern.

Integration, verstanden als Prozess, der auf gegenseitiger Anerkennung, Respekt und Bereitschaft sich einzubringen beruht, soll in der Universitätsstadt Marburg durch konkrete Schritte vorangebracht werden.

Ziel ist, ein gemeinsames Verständnis von Integration zu entwickeln, das wechselseitige Pflichten und Rechte begründet.

Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Erklärung erstellen gemeinsam mit den städtischen Gremien einen Aufgabenkatalog, der die Stadt und die Migrantinnen und Migranten in die Pflicht nimmt, im Sinn der gemeinsamen Erklärung tätig zu werden.

Mit dieser Erklärung bekennen sich die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner zu einem gemeinsamen Vorgehen zwecks Förderung der Integration aller Migrantinnen und Migranten in der Universitätsstadt Marburg.

Diese Erklärung ist die Grundlage für den eingangs erwähnten Prozess der Integration. Sie wird ergänzt durch einen Aufgabenkatalog, der Schritt für Schritt realisiert wird. Regelmäßige Gespräche zwischen Vertretern/Organisationen der Migrantinnen und Migranten, der Religionsgemeinschaften, der Stadtverordnetenversammlung und der Stadt Marburg werden vereinbart.

Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner und die Vertreterinnen und Vertreter der Stadtverordnetenversammlung verpflichten sich, regelmäßig, spätestens nach zwei Jahren, zu überprüfen, ob Ergänzungen oder Änderungen der Erklärung beziehungsweise der Aufgaben notwendig sind.

An dieser Erklärung haben mitgewirkt:

Dr. Awad Atalla (Islamischer Kulturverein HADARA)
Dr. Matin Baraki (Vorsitzender des Ausländerbeirats der Universitätsstadt Marburg)
Brigitte Bohnke (Persönliche Referentin von Oberbürgermeister Egon Vaupel)
Bülent Budak (Türkische Studenten und Wissenschaftler in Marburg e.V.)
Monika Bunk (Jüdische Gemeinde Marburg)
Hannes Eibach (Evangelische Kirche)
Dr. Bilal Farouk El-Zayat (Islamische Gemeinde Marburg, Orientbrücke)
Shaima Ghafury (BSF Marburg, Schwerpunkt Arbeit mit Migrantinnen und Migranten)
Dr. A. Kabis Kakar (Afghanischer Kulturverein Marburg-Biedenkopf)
Dr. Franz Langstein (Katholische Kirche)
Dr. Mohammad Reza Mahmanesh (Deutsch-Iranischer Verein e.V.)
Kirsten Mankel (Mitarbeiterin im Ausländerbeirat der Universitätsstadt Marburg)
Christian Meineke (Integrationsbeauftragter der Universitätsstadt Marburg)
Goharik Petrosjan (Ausländerbeirat der Universitätsstadt Marburg)
Fahim Qayumi (Afghanischer Kulturverein Marburg-Biedenkopf)
Petra Schmittner (Deutsch-Iranischer Verein e.V.)
Said Shahtout (Islamischer Kulturverein HADARA)
Erika Süß (DOIZ, Deutsch-Osteuropäisches Integrationszentrum e.V.)
Egon Vaupel (Oberbürgermeister)
Christa Winter (Referat für die Gleichberechtigung von Frau und Mann)
Dekan Helmut Wöllenstein (Evangelische Kirche)